

## 2003 – 2006



1



2



3



4



5



6



7



8



9



10



11



12



13



14



15



16



17



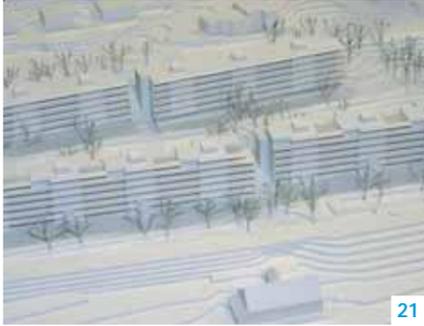
18



19



20



21



22



23



24

1 85 Prozent der Stimmberechtigten befürworten am 9. Februar 2003 den Um- und Ausbau des Neustadtschulhauses zum Musikschulzentrum. 2005 wird das Schmuckstück termingerecht eingeweiht.

2 Die Liegenschaft Zeughausgasse 9 geht von der städtischen Pensionskasse an die Stadt über. Im Gegenzug überlässt die Stadt der Pensionskasse drei Baurechtsgrundstücke. 81 Prozent sprechen sich am 9. Februar 2003 an der Urne für diesen Handel aus.

3 Die Stadt zahlt der Bürgergemeinde an die Sanierung des Altersheims Mülimatt einen Beitrag von 7,5 Mio. Franken und sichert eine jährliche Unterstützung von 200'000 Franken zu. 90 Prozent der Stimmberechtigten unterstützen am 18. Mai 2003 dieses Geschäft.

4 Mit der Annahme (Ja-Anteil 61 Prozent) der Entwicklungsplanung Landis & Gyr / SBB-West am 18. Mai 2003 heissen die Stimmberechtigten die Rahmenbedingungen zur Schaffung eines neuen Stadtteils gut.

5 Mit der Umgestaltung der Grabenstrasse im Sommer 2006 wird das Projekt Stadtkern-durchfahrt abgeschlossen. Bereits im Sommer 2003 wird die Bahnhofstrasse und im Sommer 2004 die Neugasse neu gestaltet mit dem Ziel, die Innenstadt aufzuwerten.

6 Die Innenstadt soll durch einen Stadttunnel entlastet werden: Mit einem Ja-Anteil von 72 Prozent verlangen die Stimmberechtigten am 26. September 2004, dass der Kanton die Planung forciert.

7 Ein Neubau und die Sanierung des Altbaus: Die Schulanlage Guthirt soll für 15,4 Mio. Franken erneuert werden, finden auch die Stimmenden am 28. November 2004 (Ja-Anteil: 75 Prozent). Das neue Schulhaus wird im Sommer 2006 in Betrieb genommen.

8 Das ehemalige Institut Maria Opferung wird für 4,75 Mio. Franken um- und ausgebaut, wird am 28. November 2004 an der Urne entschieden. Die Heilpädagogische Schule zieht neu ein, und der Mittagstisch Zentrum findet dort sein Zuhause.

9 Die Burg Zug, die sich 2005 ein neues, modernes Konzept gibt, kann mit einer grösseren finanziellen Unterstützung der Stadt rechnen. 78 Prozent sagen am 28. November 2004 an der Urne Ja zu jährlich grösseren Beiträgen.

10 Im März 2005 wird das neue Friedhofgebäude mit Abdankungshalle St. Michael feierlich eingeweiht.

11 58 Prozent der Stimmenden sagen am 5. Juni 2005 Ja zur neuen Gemeindeordnung. Die Stadt erhält damit eine neue «Verfassung».

12 Die Stadt Zug zahlt der IG Kultur an den Neubau der Chollerhalle einen Investitionsbeitrag von 300'000 Franken und einen jährlichen Betriebsbeitrag von 120'000 Franken. Damit unterstützt die Stadt die privaten Initianten und anerkennt deren grosses Engagement und zielstrebiges Vorgehen.

13 Die Planung des neuen Eisstadions macht Fortschritte: An der Urne unterstützen die Zugerinnen und Zuger am 27. November 2005 deutlich den Vorschlag des Stadtrates, wonach das neue Stadion zusammen mit einem privaten Investor gebaut wird.

14 Der Stadtrat sucht den Kontakt zur Bevölkerung und lädt am 2. Januar 2006 erstmals zu einem glanzvollen Neujahrsanlass mit einer grossen Operetten-Gala.

15 Das ehemalige Epa-Gebäude am Bundesplatz soll ein neues Gesicht erhalten: Nach einem heftig geführten Abstimmungskampf befürwortet der Souverän am 21. Mai 2006 bei einem Ja-Anteil von 76 Prozent den Bebauungsplan Bundesplatz West.

16 Die familienergänzende Kinderbetreuung wird ausgebaut: In vier Schulhäusern wird der Mittagstisch angeboten, in der Maria Opferung wird die Nachmittagsbetreuung eingeführt. Damit sind die Voraussetzungen für eine flächendeckende, offene Tagesschule gegeben.

17 Für das Quartier Guthirt wird ein Entwicklungsplan mit einem Massnahmenplan erarbeitet. Am 17. September 2005 steigt das grosse Quartierfest, und ein Jahr später wird der Quartiertreffpunkt eingeweiht.

18 Die Beschäftigungsprojekte für ausgesteuerte Arbeitslose werden definitiv eingeführt. Der Beschluss des Grossen Gemeinderates wird von der Einsicht begleitet, es sei besser, arbeitslosen Personen einen geordneten Tagesablauf zu vermitteln, als sie dauernd vom Arbeitsprozess auszuschliessen.

19 Jährlich leistet die Stadt Zug namhafte Beiträge an die Unterstützung von humanitären Projekten von verschiedenen Hilfswerken in der Schweiz und im Ausland. Zum Teil stammen die Beträge aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung.

20 Das Altersleitbild der Stadt Zug wird erarbeitet und im Sommer 2006 vorgestellt. Es beinhaltet Ziele und Massnahmen, um die Selbständigkeit von älteren Menschen zu bewahren und gleichzeitig die Kosten in den Griff zu bekommen.

21 Die Planung von städtischen Wohnungen geht weiter. Einsprachen verzögern eine zügige Umsetzung des Wohnbauprojekts Roost. Das Stadtparlament genehmigt einen Bruttobaukredit von 31,3 Mio. Franken.

22 Mit der Kenntnisnahme des Entwicklungskonzepts durch das Stadtparlament wird der erste Teil der Ortsplanung abgeschlossen. Es folgt die Umsetzung der Richt- und Nutzungspläne.

23 Mit der tatkräftigen Unterstützung der Stadt Zug werden am Wochenende vom 16./17. September 2006 die Special Olympics durchgeführt. Der Grossanlass für Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung wird zu einem vollen Erfolg.

24 Auf dem Areal Frauensteinmatt kann das neue Alterszentrum mit Alterswohnungen, Altersstudios, Pflegebetten und Familienwohnungen projektiert werden: Das Stadtparlament genehmigt am 19. September 2006 einen Projektierungskredit von 4,46 Mio. Franken.

# Stadtrat von Zug:

## 2003 – 2006

Das waren unsere Ziele:

Anfang 2003 hat der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungskader seine Ziele für die Legislatur 2003 bis 2006 erarbeitet. Im Juni 2003 legte er unter dem Titel «Entwicklung und Qualität» ein ausformuliertes Programm zur Entwicklung der Stadt Zug und zur Erhaltung der hohen Lebensqualität vor.

### Die sechs Hauptstossrichtungen waren:

- 1 Die Sicherung einer stabilen Finanzbasis
- 2 Die Erhöhung der Qualität der Innenstadt als Kern einer ausgewogenen Stadtentwicklung
- 3 Die Ausrichtung des Bildungswesens auf Bedürfnisse von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- 4 Die Integration einer wachsenden multikulturellen Bevölkerung unterschiedlicher Altersgruppen
- 5 Die Erhöhung der Dienstleistungsqualität der Stadt und ihrer Verwaltung
- 6 Die Nutzung des Potenzials der übergemeindlichen Zusammenarbeit

### Das wurde getan:

#### 1 Die Sicherung einer stabilen Finanzbasis

Dank der ausgezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung konnte eines der wichtigsten Legislaturziele, nämlich eine gesunde Finanzbasis mit einem beständigen Steuerfuss, gut erreicht werden. Die stabile Finanz- und Steuerpolitik des Stadtrates sowie der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung haben den Standort weiter gestärkt. In den letzten Jahren haben sich weitere wertschöpfungsintensive Dienstleister (Finanzinformation, Grosshandel) in der Stadt Zug angesiedelt. Die verwaltungsintern durchgeführten Kosten-Nutzen-Analysen und die gestützt darauf getroffenen Massnahmen haben in verschiedenen Bereichen zur erwünschten Erhöhung der Wirksamkeit, zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zu Einsparungen geführt.

Im Rahmen der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) hat sich der Stadtrat gemeinsam mit den Gemeinden und dem Kanton intensiv für eine sinnvolle Aufgabenentflechtung und einen für alle Zuger Gemeinden vertretbaren innerkantonalen Finanzausgleich eingesetzt. Der Stadtrat vertritt jedoch entschieden die Ansicht, dass die Finanzierung der Zusatzbelastung durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eine kantonale Aufgabe ist.

#### 2 Die Erhöhung der Qualität der Innenstadt als Kern einer ausgewogenen Stadtentwicklung

Unter Einbezug der Öffentlichkeit (Zukunftskonferenz, Ergebniskonferenz und Informationsveranstaltungen in den Quartieren) wurde das Entwicklungskonzept, ein Strategiepapier über die räumliche Entwicklung der Stadt Zug, erarbeitet. Es dient als Grundlage für die anstehende Revision der Ortsplanung. Die Planungsarbeiten für den Stadttunnel, welcher die Innenstadt vom Verkehr entlasten soll, wurden vom Kanton (aufgrund einer entsprechenden, vom Volk mit grossem Mehr angenommenen Volksinitiative) vorangetrieben. Die Projektierung der Umgestaltung des Postplatzes, des Bundesplatzes und des Kolingevierts beanspruchte aufgrund von verschiedenen Verzögerungen und Widerständen mehr Zeit als geplant.

#### 3 Die Ausrichtung des Bildungswesens auf Bedürfnisse von Eltern, Kindern und Jugendlichen

Als Ergebnis umfangreicher Abklärungen konnte Ende der Legislatur das Modell «Offene Tagesschule» präsentiert werden. Die umfassenden Blockzeiten und die schulergänzende Freizeitbetreuung bilden eine offene Form einer Tagesschule, welche grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern offen steht. Das Quartierschulhausprinzip mit den quartiernahen Schulen für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter wurde beibehalten. Das familienergänzende Kinderbetreuungsangebot konnte in den letzten vier Jahren massiv ausgebaut werden: Heute werden



An der Einweihung vom 28. November 2003 nehmen die Menschen «ihren» neuen Bahnhof sofort in Beschlag. Gut ein Jahr später, am 11. Dezember 2004, verkehren die ersten Züge der Stadtbahn, für welche vier neue Haltestellen gebaut wurden.

rund 200 Plätze in Kindertagesstätten und rund 200 Plätze in der Mittags- und Freizeitbetreuung (inkl. Tagesschule) angeboten. Insgesamt kommen 645 Kinder in den Genuss von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. Dies entspricht 26 Prozent der in der Stadt Zug wohnhaften Kinder. Mit dem Um- und Ausbau der Schulgebäude Guthirt und des Institutsgebäudes Maria Opferung konnte bedarfsgerecht neuer Schulraum geschaffen werden.

#### 4 Die Integration einer wachsenden multikulturellen Bevölkerung unterschiedlicher Altersgruppen

Die eingeleitete Quartierentwicklung Guthirt fand mit dem Stadtfest im Quartier Guthirt am 17. September 2005 einen ersten Höhepunkt. Zur Bereicherung des Quartiers tragen u.a. die neu eröffnete Ludothek an der Baarerstrasse und der Quartiertreff Guthirt am Lüssiweg 19 bei. Die Stadt- und Kantonsbibliothek bietet neben deutschsprachigen auch französische, italienische, englische, spanische, serbische und kroatische und seit kurzem auch tamilische Bücher an. Das Angebot an Sprachkursen (Fremdsprachen und Deutsch für Fremdsprachige) ist gut dotiert und wird laufend ergänzt und erneuert.

#### 5 Die Erhöhung der Dienstleistungsqualität der Stadt und ihrer Verwaltung

Die Reorganisation der Stadtverwaltung wurde erfolgreich umgesetzt. Die Reduktion der Anzahl Departemente von sechs auf fünf hat sich bewährt. Die jährlich vom Verwaltungskader durchgeführten Stärke-Schwächen-Analysen (SWOT-Meeting) sind auch Ausgangspunkt des Strategieentwicklungsprozesses der Stadtverwaltung. Dabei werden Strategieplan und Aktionsplan im Sinne einer rollenden Planung aktualisiert und mit Ergänzungen dem Stadtrat zur Festsetzung unterbreitet. Der Stadtrat hat durch ein externes Büro ein Standortprofil der Stadt Zug erarbeiten lassen. Als erster Schritt wurde mit dem Projekt «Wir sind Zug» ein Instrument geschaffen, welches die Gesamtattraktivität des Zentrums der Stadt Zug weiter in Richtung eines beliebten Arbeits-, Freizeit-, Kultur-, Einkaufs- und Begegnungsortes entwickeln soll.

#### 6 Die Nutzung des Potenzials der übergemeindlichen Zusammenarbeit

Mitglieder des Stadtrates und Fachleute aus der Stadtverwaltung haben in verschiedenen kantonalen Arbeitsgruppen intensiv an Gesetzesrevisionen wie der Zuger Finanz- und Aufgabenreform, dem Polizeigesetz, dem Schulgesetz, dem Betreuungsgesetz, dem Wahl- und Abstimmungsgesetz, dem Beurkundungsgesetz etc. mitgearbeitet. In Gremien wie der Gemeindepräsidenten-, Finanz-, Bau-, Schul- oder Sozialvorsteherkonferenz konnten wichtige gemeindeübergreifende Fragen geklärt werden.

### Das (und vieles mehr) bleibt noch zu tun:

Der Stadtrat setzt alles daran, die bereits aufgegleisten Projekte wie das neue Eisstadion Herti, das Alterszentrum Frauensteinmatt, die Wohnüberbauung Roost und die Neugestaltung wichtiger Stadtplätze zu realisieren. Im Hinblick auf die Mehrbelastung durch die Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und die Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) sind die evaluierten Massnahmen in der neuen Legislatur vertiefter zu untersuchen und ihre Umsetzung anzustreben. Die Forderung nach einer schnellen Realisierung des Stadttunnels muss durch politisches Lobbying aufrechterhalten werden. Die geplante Einführung der Basisstufe und das neue Schulmodell «Offene Tagesschule» mit der schulergänzenden Freizeitbetreuung erfordern eine grundsätzliche Überarbeitung der Schulraumplanung. Die Vernetzung mit Jugendorganisationen und Jugendfachstellen muss mit dem Ziel einer verbesserten Kinder- und Jugendpartizipation verstärkt werden. Zur Verbesserung der übergemeindlichen Zusammenarbeit sollen mit dem Regierungsrat und mit allen Gemeinden in geeigneter Form die Kontakte intensiviert werden. Schliesslich wird der Stadtrat auch in Zukunft dafür sorgen, dass die städtischen Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft möglichst effizient erbracht werden.

Einen ausführlichen Bericht über die Bilanz der Legislaturziele 2003 bis 2006 finden Sie unter [www.stadtzug.ch/Publikationen](http://www.stadtzug.ch/Publikationen)



Der Zuger Stadtrat der Legislaturperiode 2003 – 2006: Christoph Luchsinger, Stadtpräsident; Vreni Wicky, Bildungsdepartement; Hans Christen, Finanzdepartement; Dolfi Müller, Baudepartement; Andreas Bossard, Departement Soziales Umwelt Sicherheit; Arthur Cantieni, Stadtschreiber.